

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Kaffee genießen, Müll vermeiden – umweltfreundliches Mehrwegsystem für Getränkebecher einführen!**

Jährlich werden nach Berechnungen der Verbraucherzentralen in Deutschland rund 2,8 Mrd. Pappbecher samt Plastikdeckel für den Genuss von Heißgetränken verbraucht und landen nach kurzem Gebrauch im Abfall. Das entspricht 320 000 Einwegbechern pro Stunde und 130 Bechern pro Kopf und Jahr. Für die Produktion dieser Becher müssen jährlich 40 000 Bäume abgeholzt werden, 1,5 Mrd. Liter Wasser werden für die Becherproduktion benötigt.

Die damit verbundene immense Umweltbelastung durch die Herstellung und die Entsorgung – viele der Becher werden einfach weggeworfen und landen in der Natur – findet allerdings bisher wenig Beachtung, obwohl allein die Produktion eines einzelnen Bechers 110 Gramm Kohlenstoffdioxid verursacht.

Verbraucherinnen und Verbrauchern ist diese Abfallproblematik durchaus bewusst, bisher ist das Thema aber nicht ausreichend in den Fokus gerückt. Skeptiker befürchten Hygieneprobleme bei der Einführung eines Mehrwegbechersystems. Um diese auszuräumen, hat die Hamburger Senatsbehörde für Gesundheit und Verbraucherschutz den Ratgeber „Hygienische Standards für Heißgetränke“ entwickelt, die die gesetzlichen und praktischen Voraussetzungen für ein Mehrwegbechersystem darstellt und Vorschläge enthält, wie Mehrwegbecher ohne Hygienebedenken wieder befüllt werden können.

Erfahrungen auf Weihnachtsmärkten zeigen seit einigen Jahren, dass der Wechsel von Einwegbechern zu Mehrwegbechern mit Pfand ohne größere Komplikationen gelingen kann.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. gemeinsam mit Handels- und Umweltverbänden ein Konzept für ein Mehrwegbechersystem – inklusive eines Pfand- und flexiblen Rückgabesystems – für Bremen zu entwickeln, um die Verwendung von Einwegbechern zu reduzieren.
2. sich auf Bundesebene für die einheitliche Einführung eines entsprechenden Systems einzusetzen.
3. der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft binnen sechs Monaten zu berichten.

Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen